

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	III
Abkürzungsverzeichnis .....	XVII
Literaturverzeichnis .....	XXV
Judikaturverzeichnis.....	LIII

## Einleitung

I. Motivation und Zielsetzung .....	1
II. Gang der Untersuchung .....	4

## Erster Teil: Einführung

I. Verständnis von Mitverantwortung.....	7
1. Grundsätzliches.....	7
2. Begriffsklärung .....	7
2.1 Der Begriff Verantwortung im Allgemeinen .....	7
2.2 Die Begriffe Eigen- bzw Mitverantwortung im sozialversicherungsrechtlichen Kontext .....	9
2.2.1 Eigen-, Selbst- und Individualverantwortung als synonyme Begriffe mit erheblicher Unschärfe .....	9
2.2.2 „Mitverantwortung“ als adäquater Terminus.....	13
2.3 Möglichkeiten zur Klassifizierung der Erscheinungsformen von Mitverantwortung im Sozialversicherungsrecht .....	15
2.3.1 Allgemeines.....	15
2.3.2 Verhaltensbezogene und nicht verhaltensbezogene Mitverantwortung.....	15
2.3.3 Prospektive und retrospektive Mitverantwortung.....	17
2.3.4 Verbindliche und wählbare Mitverantwortung .....	18
2.3.5 Verfahrensbezogene und anspruchsbezogene Mitverantwortung .....	19
2.3.6 Sanktionen- und anreizorientierte Mitverantwortung.....	20
2.3.7 Leistungsbezogene und nicht leistungsbezogene Mitverantwortung .....	20
2.4 Verständnis von Mitverantwortung in dieser Untersuchung – Themeneingrenzung.....	20
2.4.1 Grundsätzliches.....	20
2.4.2 Leistungsrechtliche Konsequenzen .....	21

2.4.3 Zumindest potentiell (auch) verhaltenssteuernde Funktion .....	21
2.4.4 Anspruchsbezogenheit.....	23
2.4.5 Zusammenfassende Darlegung der erfassten Fallgruppen	23
<b>II. Mitverantwortung und Sozialversicherung – Ein Widerspruch?...</b>	<b>25</b>
1. Grundsätzliches .....	25
2. Entstehung der österreichischen Sozialversicherung.....	26
2.1 Erste Ansätze für eine Versicherung der Arbeiter .....	26
2.2 Unfallversicherungsgesetz 1887 und Krankenversicherungsgesetz 1888.....	29
2.3 Pensions- und Arbeitslosenversicherung der Arbeiter und Angestellten .....	32
2.4 Weitere Entwicklung bis zur Erlassung der heute maßgeblichen Sozialversicherungsgesetze .....	34
3. Zentrale Prinzipien der Sozialversicherung unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung .....	37
3.1 Grundsätzliches .....	37
3.2 „Mitverantwortung“ als schon historisch grundgelegtes Prinzip? .....	40
4. Mögliche Probleme verhaltensbezogener Mitverantwortung.....	43
5. Verhältnis von Sozialversicherung und Mitverantwortung .....	54
5.1 Mitverantwortung im Spannungsverhältnis zur Solidarität in der Sozialversicherung.....	54
5.2 Mitverantwortung als Ausfluss der Solidarität in der Sozialversicherung .....	58
6. Zwischenbilanz .....	59

## **Zweiter Teil: Rechtliche Rahmenbedingungen für die Statuierung von Mitverantwortung**

<b>I. Allgemeines .....</b>	<b>65</b>
<b>II. Mitverantwortung und „Sozialversicherungswesen“.....</b>	<b>67</b>
1. Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung.....	67
2. Inhalt und Reichweite des Kompetenztatbestands .....	69
2.1 Allgemeines.....	69
2.2 Maßgeblicher Versteinerungszeitpunkt .....	69
2.3 Kernelemente des Sozialversicherungswesens und deren Bedeutung für die Regelung von Mitverantwortung.....	72
2.3.1 Dynamisches Rechtsgebiet mit notwendigem Bezugs- punkt zur Erwerbstätigkeit.....	72
2.3.2 Pflichtversicherung als Voraussetzung für „Sozialversicherungswesen“?.....	77
2.3.3 Bildung von Risikogemeinschaften und zumindest theoretisch mögliche Leistungsanspruchnahme.....	80

2.3.4 Funktioneller Zusammenhang zwischen Beitrag und Leistung, aber keine Geltung des Äquivalenzprinzips ....	82
2.3.5 Sozialer Ausgleich und Risikounabhängigkeit als wesentliches Prinzip (?). ....	90
3. Zwischenbilanz ....	94
<b>III. Mitverantwortung und Grundrechte ....</b>	<b>98</b>
1. Allgemeines ....	98
2. Verfassungsrechtlicher Gleichheitssatz ....	100
2.1 Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung ....	100
2.2 Gleichbehandlung innerhalb derselben Risikogemeinschaft....	103
2.3 Erneut: (Nur) Funktioneller Zusammenhang zwischen Beitrag und Leistung. ....	109
2.4 Erhöhtes Risiko der Leistungsinanspruchnahme kein Grund für Differenzierung? ....	115
2.5 Verhinderung „verpönter“ Verhaltensweisen zulasten der Versichertengemeinschaft als legitimes Ziel ....	119
2.6 Vermeidung unberechtigten Leistungsbezugs als sachlicher Grund für leistungsrechtliche „Sanktion“....	122
2.7 Entstehen erhöhter finanzieller Belastungen als Rechtfertigung für Differenzierung....	123
2.8 Systemerhaltung, effizienter Mitteleinsatz und Qualitäts sicherung als Argument für Sachlichkeit ....	125
2.9 Gebot gewisser Wahlmöglichkeiten? ....	131
2.9.1 Wahl zwischen Vertragspartnern und Nichtvertrags partnern des Sozialversicherungsträgers ....	131
2.9.2 Wahl zwischen verschiedenen zweckmäßigen Heilmitteln	134
2.9.3 Wahlmöglichkeiten in Bezug auf das Versicherungs- und Leistungsverhältnis. ....	138
2.10 Verpflichtung zur Staturierung eines Mindestmaßes an Mitverantwortung? ....	139
2.11 Exkurs: Verbot der Diskriminierung aufgrund bestimmter Merkmale. ....	141
2.12 Zwischenbilanz....	144
3. Weitere bedeutsame grundrechtliche Vorgaben ....	149
3.1 Schutz des Eigentums. ....	149
3.1.1 Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung ....	149
3.1.2 Verhältnismäßigkeitsprinzip ....	151
3.2 Recht auf Leben und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung ....	154
3.2.1 Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung ....	154
3.2.2 Kostentragung für Behandlungsmaßnahmen....	155
3.2.2.1 Grundsätzliches ....	155
3.2.2.2 Gesetzliche Pflichtversicherung als Begründung für Leistungsanspruch im Kernbereich. ....	157

3.2.2.3 Konsequenzen für leistungsbezogene Mitverantwortung.....	160
3.2.3 Obliegenheiten zur Duldung medizinischer Maßnahmen .....	162
3.3 Recht auf Achtung des Privatlebens.....	166
3.3.1 Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung .....	166
3.3.2 Eingriff in Art 8 EMRK auch bei nur leistungsrechtlichem „Zwang“ .....	168
3.3.3 Rechtfertigung nur bei Verfolgung eines legitimen Ziels .....	170
3.3.4 Verhältnismäßigkeitsprinzip.....	171
3.4 Glaubens- und Gewissensfreiheit .....	178
3.4.1 Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung .....	178
3.4.2 Vorliegen eines rechtfertigungsbedürftigen Grundrechts-eingriffs? .....	179
3.5 Verbot der Zwangs- oder Pflichtarbeit .....	184
3.5.1 Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung .....	184
3.5.2 Relevanz des Art 4 EMRK auch bei mittelbarem Zwang (?).....	185
3.5.3 Materielle Einschränkung des an sich absoluten Verbots ..	193
3.6 Berufs(wahl)freiheit und Erwerbsfreiheit .....	197
3.6.1 Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung .....	197
3.6.2 Beschäftigungsobliegenheiten .....	200
3.6.3 Steuerung des Nachfrageverhaltens.....	201
3.6.3.1 Eingriff in die Erwerbsfreiheit?.....	201
3.6.3.2 Zulässigkeit eines bejahten Eingriffs in den genannten Fällen .....	205
3.6.3.3 Zulässigkeit der gänzlichen Abschaffung der Kosten-erstattung? .....	208
3.6.4 Ausschluss einer Wahl des Versicherungsträgers .....	210
3.7 Zwischenbilanz .....	211
4. Weitergehende Vorgaben nach Art 34 und 35 der Europäischen Grundrechtecharta? .....	215
4.1 Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung .....	215
4.2 Anwendungsbereich der Charta .....	217
4.3 Abgrenzung von Grundrechten und Grundsätzen unter spezifischer Bedachtnahme auf Art 34 und 35 GRC .....	221
4.4 Charta-Grundrechte als Grundrechte iSd nationalen Verfassungsrechts .....	223
4.5 „Mitverantwortungsrelevanter“ Gehalt der Art 34 und 35?....	224
4.5.1 Art 34 GRC.....	224
4.5.1.1 Grundsätzliches .....	224
4.5.1.2 Primär abwehrrechtliche Funktion gegenüber der Union .....	224
4.5.1.3 Bindung bei „Durchführung des Unionsrechts“ .....	227

4.5.2 Art 35 GRC.....	230
4.5.2.1 Grundrecht auf Zugang zur Gesundheitsvorsorge und auf ärztliche Versorgung .....	230
4.5.2.2 Grundsatz der Sicherstellung eines hohen Gesundheitsschutzniveaus.....	233
4.6 Zwischenbilanz .....	234
<b>IV. Mitverantwortung im Lichte des EU-Wettbewerbsrechts und der Grundfreiheiten .....</b>	<b>235</b>
1. Allgemeines .....	235
2. Wettbewerbsrecht.....	235
2.1 Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung .....	235
2.2 SVTr als Unternehmen iSd Wettbewerbsrechts? .....	238
2.2.1 „Funktionaler Unternehmensbegriff“ .....	238
2.2.1.1 Keine Unternehmenseigenschaft bei Erfüllung von Aufgaben mit ausschließlich sozialem Charakter .....	238
2.2.1.2 Schlussfolgerungen aus der EuGH-Judikatur und Auswirkungen auf die Frage der Mitverantwortung ..	243
2.2.2 Wettbewerbsrechtliche Grenzen einer Steuerung der Leistungsinanspruchnahme im Wege der Kosten- tragung?.....	251
2.2.2.1 Grundsätzliches .....	251
2.2.2.2 Abweichung vom „funktionalen Unternehmens- begriff“ in den Rs AOK Bundesverband und FENIN? ..	252
2.2.2.3 Neubewertung vor dem Hintergrund der Rs Mobil Oil?.....	258
2.2.2.4 Auswirkungen auf die Zulässigkeit von Mitverant- wortung im Zuge der Leistungsinanspruchnahme ..	260
2.3 Mögliche Unanwendbarkeit des Wettbewerbsrechts bei Leistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse .....	263
2.3.1 Grundsätzliches.....	263
2.3.2 Auslegung des Art 106 Abs 2 AEUV durch den EuGH ..	266
2.3.3 Auswirkungen auf die Beurteilung von Mitverantwortung	268
2.4 Zwischenbilanz .....	272
3. Grundfreiheiten .....	275
3.1 Grundsätzliches und Relevanz für Mitverantwortung .....	275
3.2 Warenverkehrs freiheit.....	280
3.2.1 Grundsätzliches.....	280
3.2.2 Beschränkungen der sv-rechtlichen Kostentragung als Eingriff in die Warenverkehrs freiheit? .....	281
3.3 Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit .....	285
3.3.1 Grundsätzliches.....	285
3.3.2 Beschränkungen der sv-rechtlichen Kostentragung als Eingriff in die Dienstleistungs- bzw Niederlassungs- freiheit? .....	287

3.3.2.1 Beschränkung auch bei nicht einmal faktischer Benachteiligung? .....	287
3.3.2.2 Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit bei grenzüberschreitender Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen .....	290
3.3.2.2.1 Mittelbare Benachteiligung notwendig, aber ausreichend .....	290
3.3.2.2.2 Gleichbehandlung mit Nichtvertragspartnern bei überwiegend sachleistungsbasiertem System idR nicht ausreichend .....	296
3.3.2.2.3 Durchschlagen nationaler Kostenbegrenzungen .....	299
3.3.2.2.4. Kostenerstattungsanspruch nur bei kurzfristigen Leistungen? .....	302
3.3.3 Gesetzliche Pflichtversicherung als rechtfertigungsbedürftiger Eingriff? .....	303
3.4 Rechtfertigung von Eingriffen in die Grundfreiheiten .....	305
3.4.1 Grundsätzliches .....	305
3.4.2 Für das SV-Recht bedeutsame Rechtfertigungsgründe ...	307
3.4.3 Rechtfertigung sv-rechtlicher Begrenzungen der Kostentragung? .....	309
3.4.3.1 Differenzierte Beurteilung von Genehmigungsanfordernissen in Abhängigkeit vom Grad des Planungsbedarfs .....	309
3.4.3.2 Anforderungen an zulässige Genehmigungsanfordernisse .....	313
3.4.3.3 Verpflichtung zur Sicherstellung von Sachleistungen auch bei Inanspruchnahme ausländischer Leistungserbringer? .....	315
3.4.3.4 Zulässigkeit einer der Höhe nach geringeren Kostenersstattung bei Inanspruchnahme von Nichtvertragspartnern? .....	318
3.4.3.4.1 Grundsätzliches .....	318
3.4.3.4.2 Änderungen durch das EU-PMG .....	322
3.4.3.4 Rechtfertigung der gesetzlichen Pflichtversicherung .....	325
3.5 Zwischenbilanz .....	327

### **Dritter Teil: Mitverantwortung im Kontext der Herbeiführung oder Beseitigung des Leistungsfalls**

<b>I. Allgemeines .....</b>	331
<b>II. Gesetzlich ausdrücklich sanktionierte Verhaltensweisen .....</b>	332
1. Verhaltensweisen im Zusammenhang mit dem Eintritt des Versicherungsfalls .....	332
1.1 Verwirkung von Geldleistungen gemäß § 88 ASVG .....	332

1.1.1 Reichweite, Wirkung und (Grund-)Voraussetzungen der Verwirkung .....	332
1.1.1.1 Grundsätzliches .....	332
1.1.1.2 Potentiell betroffene Versicherungsfälle und Leistungen .....	333
1.1.1.3 Ex-lege-Eintritt der Verwirkung .....	336
1.1.1.4 Verwirkung nur bei adäquater Verursachung .....	336
1.1.2 Vorsätzliche Herbeiführung des Versicherungsfalls .....	338
1.1.2.1 Verwirklungsvoraussetzungen .....	338
1.1.2.2 Anwendungsfälle .....	339
1.1.3 Mit Vorsatz begangene gerichtlich strafbare Handlung ..	344
1.2 „Versagung“ des Krankengeldes nach § 142 ASVG .....	346
1.2.1 Grundsätzliches .....	346
1.2.2 Schuldhafte Beteiligung an Raufhandel .....	348
1.2.2.1 Rechtskräftige Verurteilung nach § 91 StGB .....	348
1.2.2.2 (Analoge) Anwendung des § 142 Abs 1 Z 1 in Einzelfällen trotz fehlender Verurteilung nach § 91 StGB? .....	350
1.2.3 Unmittelbare Folge von Trunkenheit oder Suchtgiftmissbrauch .....	353
1.2.3.1 Erfasste Verhaltensweisen .....	353
1.2.3.2 Relevanz eines Verschuldens des Versicherten? .....	356
1.3 Ausschluss bestimmter Transportkosten nach § 131 Abs 4 ASVG .....	358
1.3.1 Grundsätzliches .....	358
1.3.2 Voraussetzungen des Leistungsverlusts .....	360
1.3.3 Ausgeschlossene Kosten .....	364
1.4 „Sperre“ des Arbeitslosengeldes nach § 11 AlVG .....	366
1.4.1 Grundsätzliches .....	366
1.4.2 (Bloßes) Ruhen des Anspruchs während der Sperrfrist ..	367
1.4.3 Voraussetzungen des Leistungsverlusts .....	370
1.4.3.1 Allgemeines .....	370
1.4.3.2 Beendigung infolge Verschuldens des Versicherten .....	371
1.4.3.3 Freiwillige Beendigung der Tätigkeit .....	372
1.4.4 Nachsicht in „berücksichtigungswürdigen Fällen“ .....	374
1.4.4.1 Allgemeines .....	374
1.4.4.2 Nachsicht wegen Aufnahme anderer Tätigkeit .....	375
1.4.4.3 Nachsicht wegen der Gründe der Beendigung .....	377
1.4.4.4 Verpflichtende Nachsicht bei Vorliegen eines Nachsichtsgrundes .....	381
1.5 Exkurs: Belohnung gesundheitsbewussten Verhaltens .....	381
1.6 Zwischenbilanz .....	385

1.6.1 Anknüpfungspunkt und Reichweite der Mitverantwortung.....	385
1.6.2 Rechtliche Bewertung .....	390
2. Verhaltensweisen im Zusammenhang mit dem Fortbestehen des Versicherungsfalls .....	394
2.1 Grundsätzliches .....	394
2.2 Mitwirkungsobliegenheit nur bei Verhältnismäßigkeit der Maßnahme .....	394
2.3 „Gesundheitsbezogene“ Verhaltensweisen.....	396
2.3.1 Untersuchungsobliegenheiten.....	396
2.3.1.1 Zugrundelegung des Sachverhalts nach § 366 Abs 1 und 2 ASVG.....	396
2.3.1.1.1 Grundsätzliches .....	396
2.3.1.1.2 Zweckbindung der Untersuchung .....	397
2.3.1.1.3 (Nur) „Zugrundelegung des Sachverhalts“.....	398
2.3.1.1.4 Voraussetzungen der „Sanktion“ .....	399
2.3.1.2 Leistungsentziehung nach § 99 Abs 2 ASVG .....	401
2.3.1.2.1 Grundsätzliches .....	401
2.3.1.2.2 Zweckbindung der Untersuchung (?) .....	402
2.3.1.2.3 Beginn, Dauer und Reichweite der Entziehung..	403
2.3.1.2.4 Bloße Sistierung der Leistungspflicht oder „echter“ Anspruchsverlust? .....	406
2.3.1.3. Ruhen des Krankengeldes nach § 143 Abs 6 Z 1 ASVG.....	409
2.3.1.4 Verlust des Arbeitslosengeldes nach § 8 AlVG .....	413
2.3.1.4.1 Grundsätzliches .....	413
2.3.1.4.2 Zweckbindung der Untersuchung .....	415
2.3.1.4.3 Kein Ermessensspielraum des AMS, Sanktion aber nur bei „Weigerung“ .....	418
2.3.1.5 Sonstige Obliegenheiten, die Untersuchungen beinhalten können .....	419
2.3.2 Behandlungsobliegenheiten und sonstige „gesundheitsbezogene“ Verhaltensobliegenheiten.....	420
2.3.2.1 Entziehung des Rehabilitationsgeldes nach § 99 Abs 1 a ASVG.....	420
2.3.2.1.1 Grundsätzliches .....	420
2.3.2.1.2 Dauer der Entziehung .....	421
2.3.2.1.3 Keine Verpflichtung zur Mitwirkung an Krankenbehandlung.....	424
2.3.2.2 Ruhen des Rehabilitationsgeldes nach § 143a Abs 5 ASVG.....	427
2.3.2.2.1 Grundsätzliches .....	427
2.3.2.2.2 Anwendungsbereich und Verhältnis zu § 99 Abs 1 a ASVG? .....	429

2.3.2.3 Ruhen des Krankengeldes nach § 143 Abs 6 Z 2 ASVG.....	431
2.3.2.3.1 Grundsätzliches .....	431
2.3.2.3.2 Erfasste Fallgruppen .....	432
2.3.2.4 Ruhen des Krankengeldes nach § 143 Abs 6 Z 3 ASVG.....	434
2.3.2.5 „Versagung“ der Versehrtenrente nach § 197 Abs 1 ASVG.....	436
2.3.2.5.1 Grundsätzliches .....	436
2.3.2.5.2 Sanktionierbare Verhaltensweisen .....	438
2.3.2.6 „Versagung“ des Übergangsgeldes nach § 307b ASVG.....	440
2.3.2.6.1 Grundsätzliches .....	440
2.3.2.6.2 Voraussetzungen, Dauer und Wirkung der „Versagung“ .....	442
2.3.2.6.3 Auswirkungen unterlassener Mitwirkung auf den Pensionsanspruch .....	445
2.4 Beschäftigungsbezogene Verhaltensweisen .....	448
2.4.1 „Sperre“ des Arbeitslosengeldes nach § 10 AlVG .....	448
2.4.1.1 Grundsätzliches .....	448
2.4.1.2 Obliegenheit zu (Bemühen um) Beschäftigungsaufnahme .....	451
2.4.1.2.1 Grundsätzliches .....	451
2.4.1.2.2 Sanktionierbare Verhaltensweisen .....	452
2.4.1.2.3 Sanktion nur bei Zumutbarkeit der Beschäftigung .....	454
2.4.1.2.4 Körperliche Fähigkeiten, Gesundheit und Sittlichkeit .....	456
2.4.1.2.5 Arbeitskampf, Wegzeit und Betreuungspflichten .....	460
2.4.1.2.6 Berufs- und Entgeltschutz.....	462
2.4.1.2.7 Abschließender Charakter der gesetzlichen Zumutbarkeitskriterien? .....	468
2.4.1.2.8 Sonderfall: Beschäftigung in Sozialökonomischen Betrieben oder im Rahmen von Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten .....	475
2.4.1.3 Obliegenheit zur Teilnahme an Schulungs- oder Wiedereingliederungsmaßnahmen.....	479
2.4.1.3.1 Grundsätzliches .....	479
2.4.1.3.2 Grundvoraussetzungen einer zulässigen Maßnahmenzuweisung.....	481
2.4.1.3.3 „Wichtige Gründe“ für die Verweigerung grundsätzlich geeigneter Maßnahmen.....	485
2.4.1.4 Dauer und Wirkung des Leistungsverlusts .....	487

2.4.1.5 Nachsicht der „Sperre“ .....	491
2.4.2 Verlust von Geldleistungen infolge der Nichtmitwirkung an beruflicher Reha .....	495
2.4.2.1 Grundsätzliches .....	495
2.4.2.2 Anspruchsverlust gemäß § 39 b Abs 3 AlVG iVm § 10 AlVG .....	497
2.4.2.2.1 Grundsätzliches .....	497
2.4.2.2.2 Sanktionierung mangelnder Mitwirkung .....	499
2.4.3 Exkurs: Entziehung des Wiedereingliederungsgeldes .....	503
2.5 Zwischenbilanz .....	506
2.5.1 Anknüpfungspunkt und Reichweite der Mitverant- wortung .....	506
2.5.2 Rechtliche Bewertung .....	514
2.5.3 Verhältnis zur Mitverantwortung im Zusammenhang mit der Herbeiführung des Versicherungsfalls .....	517
<b>III. Weitergehende Mitverantwortung durch verhaltensbedingte</b>	
Verneinung des Leistungsfalls? .....	521
1. Grundsätzliches .....	521
2. Verneinung eines Arbeitsunfalls? .....	522
2.1 Zurechnung anhand von Äquivalenztheorie und „wesentlicher Bedingung“ .....	522
2.2 Relevanz eines „gefährreherhöhenden Verhaltens“ .....	523
2.3 Spannungsverhältnis zu § 88 und § 175 Abs 6 ASVG? .....	525
3. Verneinung des Vorliegens einer Krankheit oder der Voraus- setzungen einer Krankenbehandlung? .....	528
3.1 Behandlungsbedürftigkeit als Ansatzpunkt für Mitverant- wortung? .....	528
3.2 Leistungsanspruch bei eingetretener Krankheit iSd § 120 Z 1 ASVG dennoch unabhängig von Ursache .....	532
4. Verneinung einer leistungsbegründenden (Dauer der) Minderung der Arbeitsfähigkeit? .....	535
4.1 Unmaßgeblichkeit der Ursache des Eintritts des Gesundheits- schadens .....	535
4.1.1 Invalidität bzw Berufsunfähigkeit .....	535
4.1.2 Minderung der Erwerbsfähigkeit .....	538
4.1.3 Arbeitsunfähigkeit .....	540
4.2 Beeinflussbarkeit der Beeinträchtigung als Grund für Verneinung des Versicherungs- bzw Leistungsfalls? .....	541
4.2.1 Grundsätzliches .....	541
4.2.2 Verneinung des Leistungsanspruchs wegen Verletzung „Allgemeiner Mitwirkungspflicht“? .....	542
4.2.2.1 Ansicht des OGH .....	542
4.2.2.2 Kritik .....	545

4.2.3 Besserungsfähigkeit losgelöst von bestehender Mitwirkungspflicht mitbedacht? .....	549
4.2.4 Besserungsmöglichkeit dennoch beachtlich .....	552
5. Verneinung von Arbeitslosigkeit? .....	557
6. Exkurs: Verneinung von „finanzialer Bedürftigkeit“? .....	559
6.1 Grundsätzliches .....	559
6.2 Ausgleichszulage .....	560
6.3 Notstandshilfe .....	567
7. Zwischenbilanz .....	569
 <b>Vierter Teil: Schluss</b>	
I. Abschlussbetrachtung und Ausblick .....	572
II. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse .....	580
Stichwortverzeichnis .....	593